

# zeitung gegen den krieg

Nr. 62 Mai 2026

## Eine Rede an die deutsche Jugend



Martin Sonneborn

Liebe Jünglinge, wenn ich meinen Altersgenossen glauben darf, dann seid ihr alle frech, faul und vollkommen verblödet – das finde ich sympathisch. Deshalb möchte ich euch nicht anlügen und es euch als Vertreter des Europäischen Parlaments einmal ganz offen sagen: Junge Leute sind der Politik egal.

Über den Ausgang von Wahlen entscheidet nicht ihr, sondern halbtote Zombies wie Friedrich „Fotzenfritz“ Merz, Ursula von der ähm Leyen und ich. Während derartiger Horrorgrufties in der Vergangenheit alle paar Jahre darüber diskutiert haben, ob man euch BallerSPIELE zumuten kann, haben sie jetzt kein Problem damit, euch in Zukunft direkt zum Ballern zu schicken.

Um euch für die Bundeswehr zu begeistern, wenden Typen wie Boris Pistorius derzeit einen rhetorischen Trick an, indem sie den Wehrdienst fortwährend als „sinnstiftende Tätigkeit“ bezeichnen. Ich war bei der Bundeswehr und kann euch sagen: Tätigkeiten wie Spindsaufen, Latrinenputzen und im Kreis auf einen Keks wichsen stiften gar nicht so viel Sinn, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Ich erkenne hier in Straßburg derzeit nur eine einzige friedensfördernde Aktivität: Kommission und Parlament arbeiten daran, Deutschland und die EU in einen Zustand zu versetzen, in dem nur ein Volltrottel auf die Idee käme, solch einen Trümmerhaufen erobern und übernehmen zu wollen.

Außerdem heißt es hier immer, ihr solltet der Gesellschaft „etwas zurückgeben“. Wenn ihr mich fragt, solltet ihr der alten Generation genauso viel zurückgeben, wie sie euch gibt, zum Beispiel bei Rente oder Klimaschutz: nämlich nichts. Neuerdings erklärt die EU-Kommission sogar, dass hohe Umweltauflagen für Rüstungskonzerne die Verteidigungsbereitschaft bremsen. Eure Lebensgrundlagen stehen dem Töten leider im Weg.

Wenn Regierungen das Recht auf NICHTSTUN haben, dann solltet auch ihr ein Recht auf NICHTSTUN haben.

Anstelle einer fairen Sozial- und Klimapolitik versucht man, die Ärmsten unter euch mit schönem Geld und Führerscheinzuschüssen zu ködern.

Auch die Aussicht, in Bundeswehruniform kostenlos Bahn fahren zu können, dürfte niemanden begeistern, der schon mal Bahn gefahren ist. Deshalb: Lasst euch nicht kaufen! Ihr seid schließlich keine Politiker.

Anstatt die Armen in den Krieg zu schicken, sollten wir lieber eine Wehrpflicht für Bonzenkinder anstreben: Wer von den Ausschüttungen auf die Rheinmetall-Aktien seiner Eltern lebt, der kann auch zur Bundeswehr – und im Ernstfall mit der Waffe seinen Aktienkurs hochtreiben.

Also: ab auf die Straße zum „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Auf meiner Homepage könnt Ihr Euch für den Tag eine Entschuldigung für Eure Schule herunterladen. Aber nur für deeeeen Tag! Smiley

Martin Sonneborn ist fraktionsloses Mitglied des EU-Parlaments in Straßburg und Brüssel – Info: <https://martinsonneborn.de>

### Kriegsdienstverweigerung: Grundrecht nutzen, Militarisierung entgegentreten

Yannik Kiesel

Die Kriegsdienstverweigerung ist mehr als eine individuelle Entscheidung. Sie ist ein politisches Signal. In Zeiten zunehmender Militarisierung gewinnt sie erneut an Bedeutung.

Aktuelle Entwicklungen zeigen deutlich, wohin die Reise gehen könnte. Die bekannt gewordenen Pläne, wonach junge Männer künftig für längere Auslandsaufenthalte eine Genehmigung benötigen könnten, sind ein alarmierendes Zeichen. Auch wenn eine Wehrpflicht formal noch nicht wieder eingeführt ist, werden bereits Strukturen vorbereitet, die Kontrolle und Zugriff auf (junge) Menschen verstärken. Die Botschaft ist klar: Der Staat will sich Optionen offenhalten.

Gerade deshalb kommt der Kriegsdienstverweigerung eine doppelte Bedeutung zu. Sie ist einerseits ein individuell garantiertes

Fortsetzung auf Seite 2 mitte →

### Für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Thilo Hartmann

Die täglichen Nachrichten lassen einen den Eindruck gewinnen, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Ob in Venezuela, in der Ukraine, im Sudan, im Nahen Osten, und jetzt aktuell im Iran – überall sehen wir eine Zunahme von Kriegen und den Versuch, Konflikten mit militärischer Gewalt zu begegnen

Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Besonders bedeutsam ist das schrittweise Zurückdrängen internationalen Rechts im Rahmen einer weltweit autoritären Wende und von neokolonialen Bestrebungen einzelner Länder. Begünstigt wird dies durch die Weigerung vieler Staaten, klare Position

Fortsetzung auf Seite 2 oben →



### Streiktüchtig – die Bewegung gegen die Wehrpflicht

Andrea Hornung

Es ist der 1. Mai 1916, mitten im Ersten Weltkrieg. 2.000 Jugendliche stehen in Braunschweig im Streik. Denn sie wollen den Krieg nicht mit kaputten Schulen, niedrigen Löhnen und Perspektivlosigkeit bezahlen. Sie wollen nicht im Schützengraben sterben. Am nächsten Tag streiken schon 6.000, und der Streik weitet sich auf weitere Städte aus – nach Halle, Magdeburg und Berlin. Der unmittelbare Anlass ihres Streiks ist eine Verordnung, mit der der Lohn der Jugendlichen für den Krieg beschlagnahmt wird. Doch der Streik ist schon viel mehr: Er drückt die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Krieg aus, in dem das Menschenleben billig und das Brot teuer wird. Und der Streik zeigt

Fortsetzung auf Seite 2 unten →



Fortsetzung von Seite 1 →

### Thilo Hartmann

für die Einhaltung internationaler Regelungen zu beziehen.

Das hierdurch ausgelöste Gefühl der Unsicherheit führt unter anderem auch in Deutschland zu einem Diskurs, der die Aufrüstung und den Umbau der Gesellschaft hin zur „Kriegstüchtigkeit“ in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen rückt. Dieser Diskurs verstärkt

## Für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

das schon bestehende Gefühl der Unsicherheit. Die massive Aufrüstung wiederum trägt zu einer immer unsicheren Welt bei.

Bei der Hinwendung zur Kriegstüchtigkeit handelt es sich um einen Paradigmenwechsel, der den bisherigen gesellschaftlichen Konsens und den Geist des Grundgesetzes in sein Gegenteil verkehrt. Steigende Militärausgaben und die hierfür aufgewandten finanziellen Ressourcen verschärfen die sowieso schon steigende sozioökonomische Ungleichheit und befördern den Abbau von Strukturen der Daseinsvorsorge. In Anbetracht wachsender Wahlerfolge rechtsautoritärer Parteien untergräbt das Bestreben nach Kriegstüchtigkeit somit auch demokratische Strukturen.

Darüber hinaus hat die Politik der Kriegstüchtigkeit ganz reale

Auswirkungen auf den Alltag. So benannte eine Soldatin bei einem Empfang der katholischen Bistümer Hessens die Notwendigkeit, nicht nur Truppen nach Osten schicken zu können. Vielmehr müsse darüber hinaus die Infrastruktur für den Abtransport von Särgen nach Westen aufgebaut werden.

Für Schulen bedeutet Kriegstüchtigkeit, sich aktiv im Rahmen des Unterrichts auf Krisen- und Kriegsfälle vorzubereiten, wie unter anderem Innenminister Dobrindt kürzlich forderte. Die Präsenz der Bundeswehr an Schulen soll zudem gestärkt werden. Dabei kommt es bereits jetzt verstärkt zu Rekrutierungen in Bildungseinrichtungen. Mit der skandalösen Folge, dass entgegen der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland mit gut 3.000 neuen Soldat\*innen mittler-

weile 12,5 Prozent der Rekrut\*innen minderjährig sind.

Die Antwort auf diese Kriegstüchtigkeit sollte eine gesellschaftlich breit getragene Forderung nach Friedensfähigkeit sein. Friedensfähig ist eine Gesellschaft nur, wenn sie nicht tief gespalten ist. Wenn demokratische Strukturen ebenso funktionieren wie die Daseinsvorsorge. Wenn es eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gibt.

Um die Gesellschaft friedensfähig zu machen, braucht es jedoch mehr als die Ablehnung von Aufrüstung. Hierzu sind insbesondere eine egalitäre Einkommens- und Vermögensverteilung und ein breit ausgebauter Sozialstaat erforderlich, denn das ist die Grundlage für sozialen Frieden. Eine gerechte Gesellschaft bietet die beste Grundlage für ein friedli-

ches Zusammenleben, nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt.

Für Investitionen in gesellschaftlich notwendige Dinge – so zum Beispiel in Schulen, Krankenhäuser, Pflege, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr oder eine umfassende sozialökologische Transformation, benötigt der Staat ausreichende Steuermittel. Hierzu sollten vor allem Unternehmenserb\*innen und Überreiche endlich einen gerechten Anteil beitragen.

Klar ist: man kann nicht beides haben: Eine hochgerüstete und eine gerechte, gebildete, humane und soziale Gesellschaft. Letztere wird es nur geben, wenn wir uns einmischen und uns gegen das Leitbild der Kriegstüchtigkeit wenden!

Thilo Hartmann ist Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hessen



Fortsetzung von Seite 1 →

### Yannik Kiesel

Grundrecht, verankert im Grundgesetz. Andererseits ist sie ein kollektives politisches Instrument. Jede Verweigerung ist auch eine Absage an militärische Logik und an die Vorstellung, Konflikte mit Waffen lösen zu können.

Dabei stehen wir heute vor einer anderen Situation als noch vor einigen Jahren. Die Strukturen der

## Kriegsdienstverweigerung: Grundrecht nutzen, Militarisierung entgegentreten

Beratung und Unterstützung sind vorhanden, und sie werden weiter ausgebaut. Mit Plattformen wie [verweigern.info](http://verweigern.info) existiert ein zentrales, leicht zugängliches Informationsangebot. Beratungsnetzwerke sind etabliert, Wissen wird gebündelt, Erfahrungen werden weitergegeben. Wer sich informieren oder verweigern will, steht nicht allein da.

Das ist eine entscheidende Voraussetzung. Denn Kriegsdienstverweigerung braucht nicht nur Mut, sondern auch Orientierung.

Wie läuft ein Antrag zur Verweigerung ab? Welche Fristen gelten? Welche Rechte habe ich? Antworten auf diese Fragen sind heute so zugänglich wie lange nicht mehr. Doch diese Strukturen erfüllen

ihren Zweck nur, wenn sie genutzt werden.

Es reicht nicht, dass es die Möglichkeit zur Verweigerung gibt. Sie muss auch wahrgenommen werden. In einer politischen Situation, in der militärische Lösungen wieder salonfähig gemacht werden, ist jede einzelne Entscheidung zur Verweigerung ein sichtbares Zeichen. Ein Zeichen dafür, dass nicht alle bereit sind, diesen Weg mitzugehen.

Dabei verstehen wir Kriegsdienstverweigerung nicht nur im engen juristischen Sinne des Grundrechts. Wir unterstützen ausdrücklich alle Formen des Widerstands gegen militärische Strukturen, ob es um die Verweigerung von Rekrutierungsmaßnahmen, Proteste gegen

Bundeswehrpräsenz an Schulen, Aktionen des zivilen Ungehorsams oder andere Formen der antimilitaristischen Praxis geht. Wir sind solidarisch mit allen, die sich über die formale Verweigerung hinaus gegen Militarisierung stellen und aktiv für eine friedliche Gesellschaft eintreten.

Kriegsdienstverweigerung ist damit auch ein Akt demokratischer Selbstbehauptung. Wer verweigert, nimmt ein Grundrecht aktiv in Anspruch und verteidigt es zugleich. Denn Rechte, die nicht genutzt werden, geraten leichter ins Wanken.

Die kommenden Jahre werden zeigen, wie ernst es der Politik mit der Militarisierung ist. Vieles deutet darauf hin, dass Maßnahmen wie

eine Bedarfswehrpflicht oder weitergehende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit keine theoretischen Szenarien bleiben. Umso wichtiger ist es, jetzt klare Positionen zu beziehen. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Die Informationen sind da, die Beratung ist da, die Wege sind bekannt. Jetzt liegt es an uns, diese Strukturen zu nutzen.

Kriegsdienstverweigerung ist kein Randthema. Sie ist ein zentraler Bestandteil einer friedenspolitischen Antwort auf eine sich verändernde Welt. Wer verweigert, sagt nicht nur „Nein“ zum Militär, sondern „Ja“ zu einer Gesellschaft, die auf zivile Lösungen setzt.

Dieses Signal wird gebraucht. Jetzt.

Yannik Kiesel - Politischer Geschäftsführer Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

### Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Heinz Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)  
Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

**Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen** Die Anstifter Stuttgart · bundesweite AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · NaturwissenschaftlerInitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (ParteiVorstand).

**Gestaltung & Layout** Joachim Römer Köln

**Redaktions- & Vertriebsadressen**  
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin  
E-Mail Hr.Braun@gmx.net  
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

**Bezugspreise** Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 21 Cent je Ex. ab 100 Ex.: 17 Cent je Ex. Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare.

**Spenden & Konto** Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein.  
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse  
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66  
BIC WELADED1PMB  
ISSN 1611-2881



Fortsetzung von Seite 1 →

### Andrea Hornung

die Kraft der jungen Arbeiterklasse, wenn sie vereint kämpft. Nach fünf Tagen Streik wird die Verordnung zurückgenommen. Und viel wichtiger: Einer der ersten Streiks im Ersten Weltkrieg hat stattgefunden, trotz Verbot, trotz Kriegerrecht

Den Jugendlichen ist etwas klar geworden: Diejenigen, die ihnen den Lohn wegnehmen, um damit den Krieg zu finanzieren, sind dieselben, die auch an ihren Schulen gekürzt hatten. Es sind dieselben Herren in teuren Anzügen, die für die fehlenden Ausbildungsplätze verantwortlich sind. Es sind diejenigen, die an der Rüstungsproduktion und dem Raubzug gegen andere Länder verdienen und die so vor allem junge Menschen als Kanonenfutter in den Krieg zwingen. Es sind diejenigen, deren eigene Kinder im Luxus leben, aber die Söhne der Arbeiterklasse in den Schützengraben

## Streiktüchtig – die Bewegung gegen die Wehrpflicht

und die Töchter an den Herd und in die Rüstungsproduktion stecken.

Sie hießen damals Daimler, Krupp, Deutsche Bank und Kaiser Friedrich Wilhelm II., heute Daimler, Thyssenkrupp, Deutsche Bank und Kanzler Friedrich Merz. Es ist damals wie heute die Klasse der Reichen, die bei ihrer Jagd nach Profit den Krieg braucht.

Heute kürzen sie an Rente und Bürgergeld, schließen Krankenhäuser und lassen die Schulen verfallen. Heute bewilligen sie erneut Kriegskredite. Heute führen sie die Wehrpflicht einmal mehr ein. Wieder geht es um Rohstoffe, Handelsrouten, Absatzmärkte, wieder geht es um Profit. Und wieder sollen wir dafür zahlen: Mit schlechten Löhnen, kaputten Schulen, unserem Leben. Mit der Wehrpflicht sollen wir für den Schützengraben rekrutiert werden.

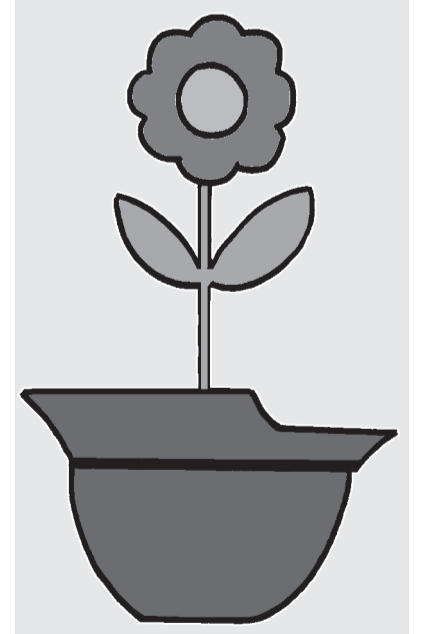
Doch am 8. Mai 2026 streiken erneut Schülerinnen und Schüler. Zum dritten Mal – nach den Schulstreiks im Dezember und im März – machen sie deutlich: Wir führen diesen Krieg nicht. Wir wollen eine Zukunft – es ist die Klasse der Reichen, die den Krieg braucht. Wie die Jugendlichen, die 1916 in Braunschweig streikten,

sind sie noch weit davon entfernt, die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler oder gar die Mehrheit der Bevölkerung auf die Straße zu bringen. Die Wehrpflicht wird auch mit diesem Streiktag allein nicht verhindert werden, ebenso wenig wie mit dem Streik 1916 der Erste Weltkrieg beendet wurde. Aber: Der Schulstreik ist ein gewaltiger erster Schritt. Denn er bringt diejenigen auf die Straße, die durch Jugendoffiziere in Schulen, Bundeswehrwerbung und Wehrpflicht im Fokus der Militarisierung stehen. Er bringt diejenigen auf die Straße, die in die Schützengraben gehen und für die Profite sterben sollen.

Die Streiks und Massendemonstrationen 1916 waren der Startschuss für größere, weitere Streiks und Aktionen. Der Weltkrieg dauerte noch zwei Jahre. Für den Frieden war es nötig, dass nicht nur die Jugendlichen, sondern Arbeiterinnen im ganzen Deutschen Reich streikten, dass die Soldaten nicht mehr bereit waren, den Krieg zu führen. Für den Frieden war es nötig, dass aus einzelnen Streiks von einigen tausenden Jugendlichen eine Bewegung gegen den Krieg entstand.

Die Schulstreiks bringen diejenigen auf die Straße, die den Krieg

## VERWEIGERT ALLE KRIEGSDIENSTE!



führen sollen. Damit können sie ein Anfang sein, um die Friedens- und die Arbeiterbewegung so stark zu machen, dass sie die Kriegstreiber in der Regierung stoppen können. Denn wer soll den Frieden erkämpfen, wenn nicht wir?

Andrea Hornung, SDAJ und Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“



Mein Name ist Umut, ich bin 18 Jahre alt und aktiv in der Schulstreikbewegung in Nürnberg.

Ich setze mich gegen die Wehrpflicht ein, weil ich überzeugt davon bin, dass noch mehr Aufrüstung und noch mehr Waffen keinen Frieden sichern, sondern eine Zukunft mit Krieg und Zerstörung bedeutet. Vor allem wir migrantischen Jugendlichen sollen mit gutem Lohn, Chancen auf Studium oder Ausbildung oder Geld für den Führerschein gelockt werden. Statt eine Waffe in der Hand möchten wir endlich echte Perspektive, nicht mehr aufgrund von Namen oder Aussehen ausgegrenzt werden und in unterbezahlten Jobs arbeiten. Unsere Eltern und Großeltern sind teilweise vor den Waffen aus Deutschland geflohen und mussten alles hinter sich lassen. Diese Waffen werden wir nicht aufheben, um für die Profiteure von Rheinmetall und Co. unser Leben zu lassen.



Mein Name ist Tomke von der AHS in Einfeld, Neumünster.

Ich gehöre zu denjenigen, die am stärksten von der Wiedereinsetzung des Wehrdienstgesetzes betroffen sind. Wir müssen nicht Verschuldungen und Klimakrisen abwehren, sondern werden jetzt auch noch dazu gezwungen, gegen Menschen zu kämpfen, die uns nahe stehen als Merz oder Pistorius. Anstatt sich um unsere Interessen zu kümmern, rüstet die Regierung immer weiter auf und unterstützt und fördert große Waffenhersteller wie Rheinmetall und ThyssenKrupp.

Dabei können alle anhand der vielen, zurzeit laufenden Kriege sehen, dass Waffen keine demokratischen Werte vertreten, sondern Menschen töten und unterdrücken.

Am 5. Dezember letzten Jahres hat die Bundesregierung das Wehrdienstgesetz trotz starkem Protest wieder in Kraft gesetzt. Da dies ebenfalls Teil der Aufrüstung ist, wehren wir uns dagegen mit allen Mitteln und werden auch weiterhin gegen die Aufrüstung auf die Straße gehen und streiken. Wir lassen uns unsere Stimme nicht nehmen! Waffen haben schon genug zerstört!

Mein Name ist Matteo. Ich bin Schüler aus Kassel, 21 Jahre alt.

Ich bin wütend, weil der erste Schritt zur Wehrpflicht gegangen wurde, ohne dass wir die Betroffenen auch nur einmal gefragt wurden. Das ist undemokratisch! Wisst ihr, was auch undemokratisch ist? Wofür unser Bundeshaushalt ausgegeben wird! 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also jeder zweite Euro des Bundeshaushalts MUSS in Krieg und Aufrüstung gestreckt werden.

Oder, wie die Politik sagt, für die Verteidigung. Aber gegen wen? Sämtliche Geheimdienste sagen, dass Russland keinen weiteren Angriff vorbereitet. Und wofür brauchen wir denn 460.000 Soldaten?

Für einen Großen Krieg. Damit deutsche Konzerne mehr Geld machen können. Es geht um die militärische Absicherung der Vormachtstellung der NATO weltweit.

Man könnte mit den Unmengen an Geld jede Schule, Kita, Turnhalle und Schwimmbad in Deutschland renovieren. Alle Schulbücher und anderes Lernmaterial und das Schulessen gratis machen. Danach könnte man noch Obdachlosigkeit, Kinder und Altersarmut abschaffen.

Ich bin wütend, aber WIR sind nicht machtlos! Schon der erste Weltkrieg wurde nicht durch die Reichen und Mächtigen beendet, die haben den Weltkrieg nämlich angefangen. Nein, es waren erst die Matrosen und dann die Fabrikarbeiter, die gestreikt haben und so das Leid beendet haben.

Deswegen müssen wir alle auf die Straßen gehen und Widerstand zeigen. Wir müssen ungemütlich werden, denn sonst wird es ungemütlich. Wir müssen für unsere Interessen kämpfen, sonst tut es keiner. Wir sind diejenigen, die einen Großen Krieg, einen dritten Weltkrieg, verhindern können.

Denn wir alle wissen: Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!

Mein Name ist Rani aus Friedberg. Ich bin syrischer Flüchtling.

Noch bevor ich überhaupt zur Schule gehen konnte, hat mich der Gedanke heimgesucht, dass ich irgendwann an die Front muss. Ich wusste genau, dass ich irgendwann vom Staat gegen meinen Willen töten oder getötet werden würde. Bis zu jenem Tag, an dem ich durch Bomben und Flieger aufgeweckt wurde, ging mir das nicht aus dem Kopf. Genau an dem Tag verließen wir das Dorf. Also wurde das Nötigste gepackt, ein letztes Mal meine Oma umarmt und schon machten wir uns auf dem Weg. Schließlich angekommen, bekamen wir die Nachricht. Meine Oma wurde angeschossen. Die Gedanken die mir durch den Kopf gingen sind schwer in Worte zu fassen. Meine Oma wurde angeschossen. Eine alte wehrlos Dame wurde angeschossen. Und ich hätte in ein paar Jahren den Abzug betätigen können. Ich hätte einem kleinen Kind eine Oma, einen Vater, oder einen Freund nehmen können. Für mich bedeutete das Militär: Beug dich, oder stirb. Wenn euch euer Leben lieb ist, verweigert. Wenn ihr eine Familie habt, verweigert. Wenn ihr Freunde habt, verweigert. Wenn ihr nicht für den fucking Krieg seid, verweigert.

Mein Name ist Shmuel, ich bin 17 Jahre alt und Schüler in Berlin.

Wir als Jugend wollen nicht für die Profiteure von Konzernen sterben. Wir wollen nicht in den Schützengräben gesteckt werden, während unser Bildungssystem, unsere Infrastruktur sowie unser Gesundheitssystem unterfinanziert und am auseinanderfallen sind. Aus diesem Grund streiken wir am 8. Mai zum dritten Mal gegen die Wehrpflicht und Zwangsdienste. Unsere Forderungen sind: Geld für Bildung und Soziales, sowie Abrüsten statt Aufrüsten. Wir ziehen die Lehre aus dem 8. Mai 1945 unter dem Motto „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder Wehrpflicht!“



## Es ist Krieg – wir sagen nein!

Reiner Braun

**K**rieg ist brutal, mörderisch, grausam, blutig, dreckig, stinkend, barbarisch gegen jeden und jede und die Zivilisation. Krieg bedeutet Leid, Zerstörung und tiefe Unmenschlichkeit.

Wie eindrucksvoll hat Bertha von Suttner in ihrem berühmten Buch „die Waffen nieder“ den Krieg niemals als „Feld der Ehre sondern als Verklärung des Todes“ beschrieben. Hat nicht Erich Maria Remarque in seinem Anti-Kriegsroman „im Westen nichts Neues!“ uns eindringlich an die Schrecken des 1. Weltkrieges erinnert und wollte neuen Generationen die Sinnlosigkeit des Sterbens vor Augen führen.

Ende 2025 wurden weltweit über 35 Kriege und 54 begrenzte Kriege erfasst, was insgesamt 89 Konflikte mit hoher Intensität in 31 Ländern bedeutet. Damit ist die Zahl der

Konflikte, darunter der Ukraine-Krieg, Nahost-Konflikt/Gaza-Krieges und Sudan-Krieg, auf einem historischen Höchststand (Zahlen nach der Informationsstelle Friedensbildung Baden-Württemberg). Jetzt auch noch der völkerrechtswidrige Krieg gegen den Iran und im Libanon.

Jede Sekunde sterben Menschen, Verwundete schreien, Menschen müssen fliehen, Schmerz, Hunger und Leid prägen das tägliche Leben von Millionen.

Ja, eigentlich müssen doch alle gegen Krieg sein „Ich dachte immer, alle Menschen seien gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es einige gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen“ so Albert Einstein, als er auf die Profiteure verwies; die Rüstungskonzerne und die an Krieg und Eroberung profitierende Industrie und die mit ihnen verbundenen Politikern.

Leiden tun wir – die Menschen

weltweit und die Natur. Kriege sind auch immer ein Verbrechen an der Natur und verschärfen die Klimakatastrophe. Wir sind aber auch die, die Kriege verhindern können, indem wir uns politisch, geistig, gesellschaftlich, aktiv und engagiert weigern, uns an Krieg und Kriegsvorbereitung zu beteiligen.

Kriege fallen nicht vom Himmel, sind auch kein Naturereignis, sondern werden von Regierenden vorbereitet und orchestriert. Deshalb können sie auch von uns, die unter diesen Kriegen und ihren Vorbereitungen leiden, oder verhindert oder gestoppt werden.

Die Militarisierung Deutschlands und der Europäischen Union ist Kriegsvorbereitung. Der Rüstungsetat liegt aktuell bei 100 Milliarden Euro und wird bald bei über 200 Milliarden Euro liegen, was mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts ausmachen würde.

Die ganze Gesellschaft wird militarisiert: Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur und das geistige Leben, durch hemmungslose Aufrüstung und eine medial breit unterstützte Feindbildkonstruktion („der Russe überfällt uns“).

Wir werden in den Medien auf einen fast unvermeidlichen Krieg, mindestens mit Russland, teilweise auch mit Russland und China, vorbereitet – was für ein Wahnsinn. Repressionen sollen den Widerstand einschränken.

Unser Nein zur umfassenden Kriegsvorbereitung ist ein Ja zum Leben und zur Zukunft!

Ein Nein zu allen Formen des Kriegsdienstes ist deshalb unabdingbar, wenn die Zukunft lebenswert gestaltet werden soll. Jede Kriegsdienstverweigerung, jeder Streiktag gegen die Wehrpflicht und jede Aktion für den Frieden – egal, ob klein oder groß – sind Stolpersteine für die Kriegsmaschinerie und ein Aufruf: Stoppt das Töten! Wir wollen überall auf der Welt leben. Wenn sich heute noch zu wenige

für den Frieden engagieren, können wir das ändern. Wir sagen den Zögernden und Verzagten: Wenn wir gemeinsam solidarisch agieren, haben wir eine ungeahnte Macht.

Unser Nein ist auch immer internationalistisch: Alle Menschen auf allen Kontinenten, über viele traditionelle Grenzen hinweg, wir gemeinsam sind die Kraft, die Kriege verhindern und stoppen kann. Wenn wir das begreifen und danach handeln, können wir die Hürden der Konkurrenz und des Gegeneinanders der regierenden Kriegstreiber und ihrer Helfer überwinden. So werden wir zur Kraft der Veränderung und Gestaltung für Frieden und eine lebenswürdige Gesellschaft in Frieden auch mit der Natur.

Deshalb unser Engagement und deshalb müssen wir uns dem Krieg und seiner Vorbereitung umfassend verweigern – wir machen nicht mit oder wie Wolfgang Borchert 1945 schrieb: Dann gibt es nur eins – sag Nein.

Reiner Braun ist Vorstandsmitglied des International Peace Bureau (IPB)

### Dann gibt es nur eins!

Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen - sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Mädchen hinterm Ladentisch und Mädchen im Büro. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Granaten füllen und Zielfernrohre für Scharfschützengewehre montieren, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Besitzer der Fabrik. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst statt Puder und Kakao Schießpulver verkaufen, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Dichter in deiner Stube. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Liebeslieder, du sollst Haßlieder singen, dann gibt es nur eins:

### Sag NEIN!

Du. Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Kapitän auf dem Dampfer. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keinen Weizen mehr fahren - sondern Kanonen und Panzer, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Pilot auf dem Flugfeld. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Bomben und Phosphor über die Städte tragen, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Schneider auf deinem Brett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Uniformen zuschneiden, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Richter im Talar. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst zum Kriegsgericht gehen, dann gibt es nur eins:

### Sag NEIN!

Du. Mann auf dem Bahnhof. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst das Signal zur Abfahrt geben für den Munitionszug und für den Truppentransport, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins:

#### Sag NEIN!

Du. Mutter in der Normandie und Mutter in der Ukraine, du, Mutter in Frisko und London, du, am Hoangho und am Mississippi, du, Mutter in Neapel und Hamburg und Kairo und Oslo - Mütter in allen Erdteilen, Mütter in der Welt, wenn sie morgen befehlen, ihr sollt Kinder gebären, Krankenschwestern für Kriegslazarette und neue Soldaten für neue Schlachten, Mütter in der Welt, dann gibt es nur eins:

#### Sagt NEIN! Mütter, sagt NEIN!

Wolfgang Borchert: dann gibt es nur eins: Sag nein : kompletter Text: <https://www.deutschelyrik.de/dann-gibt-es-nur-eins.html>

## Schulstreiks als lebensrettende Notwehr

Ulrike Eifler

**I**m Rückblick wirkt die Debatte über die verpflichtende Musterung, die im vergangenen Herbst die mediale Berichterstattung beherrscht hatte, wie ein Ablenkungsmanöver. Denn klammheimlich wurde mit dem Wehrpflichtmodernisierungsgesetz ein Passus beschlossen, der nicht diskutiert worden war, der aber tief in die Persönlichkeitsrechte junger Menschen eingreift: Denn künftig sollen alle Männer zwischen 17 und 45 einen Auslandsaufenthalt von mehr als drei Monaten von den Karriere-Centern der Bundeswehr genehmigen lassen. In den sozialen Medien ging die Nachricht viral. Auf einmal schien sich zu bestätigen, was die Schulstreikbewegung seit Monaten befürchtete: Es geht um mehr als um einen Lebensabschnitt, wo jun-

ge Männer Kameradschaft auf der Stube und akribischen Bettenbau mit scharfer Kante lernen.

Und tatsächlich! Es geht um mehr! Sowohl die Gesetzesänderung als auch die Art und Weise, wie sie zustande gekommen ist, lässt nur einen Schluss zu: Die Bundesregierung bereitet den Krieg vor. Hochrangige Vertreter haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die Bundesrepublik Deutschland zu alter Führungsstärke zurückfinden müsse. Deutschland sucht im aktuellen Prozess sich verändernder Weltbeziehungen seinen Platz. Und vor dem Hintergrund des drohenden Verlusts von ökonomischer und politischer Bedeutung will es künftig zu den Ländern gehören, die stark genug sind, um ihre Interessen militärisch durchzusetzen. Deshalb will Friedrich Merz die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas ausbauen. Und deshalb soll

Deutschland das Fünf-Prozent-Ziel der NATO bereits 2030 erreichen – fünf Jahre früher als alle anderen NATO-Staaten.

Um das Interesse der Bundesregierung am Krieg zu verschleiern, wird die geopolitische Krise personalisiert und die verpflichtende Musterung als Sicherheitsmaßnahme gegen die angebliche Bedrohung durch Putin ausgegeben. Im Windschatten von Russophobie und Lüge kann Deutschland so ungestört kriegstüchtig gemacht werden. Dazu gehört auch ein autoritärer Umbau der Gesellschaft: Schüler kassieren Schulverweigerung aufrufen oder die Bundeswehrpräsenz an ihrer Schule kritisieren. Um die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht zu unterminieren, werden Klassenarbeiten auf Freitage gelegt, Zwangsgelder verhängt oder Schüler in ihre Klassenzimmer eingesperrt.

Ins Bild passt auch ein Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 16. Januar 2025. Demnach erachtet es der BGH für nicht undenkbar, dass der „Schutz des Kriegsdienstverweigerungsrechts in außerordentlicher Lage gegenüber anderen hochrangigen Verfassungswerten“ zurückzutreten habe. Damit dürften die Weichen gestellt sein: Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung könnte just in dem Moment nicht mehr gelten, wenn junge Menschen es am meisten brauchen, um ihr Leben zu schützen – im Moment des Krieges.

All das zeigt, die Wehrpflicht ist ein ganz entscheidender Baustein für die Vorbereitung auf den Krieg und die Schulstreiks dagegen müssen daher als lebensrettende Notwehr eingeordnet werden. Dass Boris Pistorius nach dem PR-Desaster rund um den Abmelde-Paragrafen öffentlich zurückrudern musste, zeigt, wie wichtig es ist, Druck zu

machen. Die Art und Weise wie er zurückgerudert ist, zeigt aber auch, dass er an der Kriegsertüchtigung festhält. „Niemand muss sich derzeit bei uns abmelden, wenn er einen längeren Auslandsaufenthalt plant“, sagte die Sprecherin in der Regierungspressekonferenz. Sie versprach eine Verwaltungsvorschrift, nach der „die Genehmigung als erteilt gilt, solange der Wehrdienst freiwillig ist“.

Mit der Einführung der Wehrpflicht, tritt die Abmeldeverordnung dann also ebenso klammheimlich wieder in Kraft wie sie ins Gesetz gekommen ist. Die Bundeswehr dürfte Zivilisten dann gestatten oder verbieten, was diese zu tun gedenken. Krieg ist die Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter das Prinzip des Militärischen. Das Wehrpflichtgesetz ist ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Ulrike Eifler ist Gewerkschaftssekretärin